

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

145 (24.6.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzungen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Zählungen
sind 50 Pfennig. Die Anzeigenzeitung kostet nach Zahl der bei Nichterhaltung des
Zahlenscheins, bei geschuldeter Bezahlung und bei Zahlung nach Anzahl der Erschließungs-
zeit und Berücksichtigung der Resten-Zählungen 1.20. o. Schluß der Anzeigen-Zählung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikanten / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,62 Mark, vierteljährlich 4,50 Pfennig, halbjährlich 8,00 Pfennig, jährlich 15,00 Pfennig. Die Post-
1,60 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einschubform 10 Pfennig o. Ge-
schicht 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkshaus-Museum
Durlach, Hauptstr. 6, 2. Boden, Jagdhäuser 12, Rellat, Kolenstr. 2, Offenburg, Republikstr. 7

Nummer 145

Karlsruhe, Freitag, den 24. Juni 1932

52. Jahrgang

Das Rettungsprogramm der Gewerkschaften

Umbau der Wirtschaft

Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Schluß mit der Bankenfreiheit, Schaffung von Bauernland ist das Gebot der Stunde

Nachdem die Gewerkschaften zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch den Staat erhoben haben, läßt sie jetzt dieser Gegenwartsforderung ihre programmatischen Forderungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft hinzu. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Vereinigung der Gewerkschaften für die Arbeitergemeinsinn mit einer Anzahl Wissenschaftler zur Vertiefung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufstellt.

Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften hat nicht nur die Aufgabe, den Pseudosozialismus, der im Dienste der Junker und Industriearbeiter marschiert, zu entlarven, sondern es soll auch den Weg weisen, der von der kapitalistischen Planlosigkeit der Gegenwart zur sozialistischen Planwirtschaft der Zukunft führt. In einer Zeit, in der die Kapitalisten selbst den Glauben an die Kraft ihres Systems verloren haben, in einer Zeit, in der mehr und mehr zusammenbrechende Zweige der Privatwirtschaft unter die schützenden Fittiche des gleichen Staates flüchten, dessen Wirtschaftsbeschäftigung sie prinzipiell bekämpfen, wird es zur dringlichen Gegenwartsforderung der Arbeiterklasse, die nächsten notwendigen Schritte zum Umbau der Wirtschaft aufzuzeigen. Der Ausgangspunkt der notwendigen Wandlung ist der Finanz- und Monopolkapitalismus in seinen heutigen Formen, in seinem heutigen Verfall. Die nächste Aufgabe ist es, durch die Gestaltung des Raumes der zwischen dem verfallenden Kapitalismus und dem vollendeten Sozialismus liegt, den Weg zum Aufbau der neuen Wirtschaft zu weisen.

Von dieser geschichtlichen Lage unserer Zeit gehen die nachfolgend veröffentlichten Richtlinien der freien Gewerkschaften für den Umbau der Wirtschaft aus. Die ungenutzte Krise, so betonen die Gewerkschaften in ihrem Vorwort zu den Richtlinien, macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampf um die Überwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich. In der angestrebten planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich die Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik.

Mit der Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die die Stützpunkte der großindustriellen gesellschaftlichen und politischen Macht sind, mit der Forderung der Unterwerfung der Kartelle und privaten Monopole unter staatliche Aufsicht und Lenkung werden dem Staat die nächsten Aufgaben auf dem Gebiet der Gestaltung von Industrie und Handel gewiesen. Das sind entscheidende Schritte im Wandel der Eigentumsordnung, entscheidende Schritte in der Richtung zur Vergegenschaftlichung der Produktionsmittel.

Aber der moderne Kapitalismus ist zum Finanzkapitalismus geworden. Die Banken als Sammelboden des Kapitals sind zur Grundlage gesellschaftlicher Herrschaftstellungen aufgerückt. Daß ihre Funktionen längst über den privatwirtschaftlichen Rahmen hinausgewachsen sind, hat sich gerade in der Kreditkrise der Gegenwart, in der der Staat in Deutschland und in anderen Ländern das Risiko für die verfallenden Banken übernehmen mußte, mit aller Deutlichkeit gezeigt. Deshalb wird die Forderung der Verstaatlichung der Banken und sonstigen Kreditinstitute erhoben. Bei dieser Forderung aber handelt es sich nicht nur um eine Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen, sondern es handelt sich daneben und darüber hinaus um die Aufgabe, durch planmäßige Verteilung der Kredite, durch planmäßige Lenkung des Kapitalstroms den Weg aus der chaotischen zur planvoll geführten und deshalb von Krisenstürmen befreiten Entwicklung der Produktionskräfte der gesamten Wirtschaft zu bahnen.

Der gleiche Grundgedanke der Stellung des Staates als Vertreter der Gesamtheit über die Machtpositionen einzelner privilegiertester gesellschaftlicher Gruppen begegnet uns in den Richtlinien auch in der Forderung der Überführung des Großgrundbesitzes in Gemeinbesitz und seiner Umwandlung in Bauernland oder in genossenschaftlich bewirtschaftete Großbetriebe. Schließlich wird die Forderung erhoben, alle Anlässe zur Planwirtschaft und alle

Anlässe zur Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand zum zielbewußten Umbau der Wirtschaft schon heute zusammenzufassen und zu ihrer Leitung eine zentrale Planstelle auszubauen.

Selbstverständlich bedeutet die tragende Rolle, die dem Staat beim Umbau der Wirtschaft zugewiesen werden muß, kein Bekenntnis zu den schlechten Formen der Bürokratie, wie sie die Vergangenheit manchmal gezeitigt hat. Deshalb stellen die Gewerkschaften in ihre Richtlinien die alte Forderung wieder in den Vordergrund, daß Hand in Hand mit dem Ausbau der Planwirtschaft die Demokratisierung der Wirtschaft gehen muß. Die Herrschaft von Sonderinteressen ist mit dem Ausbau einer Gemeinwirtschaft nicht vereinbar. Durch Demokratisierung, durch Teilnahme der



berufenen Vertreter der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Einrichtungen und allen Organen der Planwirtschaft gilt es mit dem Umbau zum Sozialismus auch die Selbstbestimmung des Volkes in seinem Arbeitsprozeß zu verwirklichen.

Die Gewerkschaften haben mit diesen Richtlinien, die im richtigen Augenblick der entscheidenden Kämpfe der Arbeiterschaft um die Zukunft erschienen sind, nicht nur für sich selbst, sondern zugleich auch für den Sozialismus und für alle verbündeten Organisationen der Eisernen Front deutlich die Ziele gezeigt, die aus der Not der Gegenwart in die Wirtschaft der Zukunft führen.

Kampf der Krise, und Kampf für den Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft, das sind die sozialen und wirtschaftlichen Parolen, die sich mit der politischen Parole: Kampf für Freiheit und Demokratie vereinigen. In diesem Zeichen ist die Schlacht zu schlagen. Die breiten Massen des deutschen Volkes müssen in diesem Zeichen stehen gegen politische und soziale Reaktion, gegen kapitalistische Wirtschaft und Ausbeutung, gegen Papen, Schleicher und Hitler.

Die Richtlinien der Gewerkschaften haben im wesentlichen folgenden Gedankengang:

1. Konjunkturpolitik u. Massenkaufkraft

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf. Zur Bekämpfung der Krise ist eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stundenwoche ist

sofort gesetzlich durchzuführen. Sie muß zur Zeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereit gehalten werden. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einfluß in der Krise dem Abwinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

2. Industrie und Handel

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Rohstoffindustrie und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, die Energiewirtschaft und der Verkehrsapparat müssen von der Gesellschaft planmäßig bewirtschaftet werden. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Vereinfachung ihrer Leistungen. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse sowie monopolistische Konzerne und Einzelunternehmen sind durch ein faktisches Kartell- und Monopolamt zu überführen. Um die planmäßige Verteilung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

3. Kredit- und Bankwesen

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsanstalten insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelboden des Sparkapitals sind zu verstaatlichen. Ein zentrales Banknamt muß die planmäßige Verteilung der Kredite zum Zweck volkswirtschaftlicher Bedarfsdeckung durchführen. Das Banknamt muß mit der Reichsbank zusammenarbeiten. Diese ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalkonvent müssen auch die Gewerkschaften und Verbraucher vertreten sein.

4. Agrarpolitik

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeiterertrag ist abhängig von der Massenkaufkraft. Darauf müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen ausländische Konkurrenz Rücksicht nehmen. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erträge ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umlaufes und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbraucher-genossenschaften zu verringern. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktionsgenossenschaften unterstützen. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftlichen Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensbedingungen gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundbesitzvermögen ist in Gemeinbesitz zu überführen.

5. Außenhandelspolitik

Die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrschte Außenhandelspolitik ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschnürung vom Weltmarkt vorzubeugen.

6. Aufbau der Planwirtschaft

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Anlässe zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Hierfür ist eine zentrale Planstelle zu schaffen. Sie hat in enger Zusammenarbeit mit dem Banknamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Überwindung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsbereiche dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Die peinliche Frage

Frägt die Nationalsozialisten unaufhörlich — wo seid ihr nun?

Von Paul Löbe

Herr Goebbels hat einen Armeebefehl herausgegeben, von Papen und seiner Regierung darf in diesem Wahlkampf nicht gesprochen werden. Neugierigkeiten sind nicht beliebt. Man bitte, sich auf Altertümer zu beschränken, auf Brüning und Brüning, die Novemberlinge und den alten Fritz.

Das möchte den Herren so passen — beim Gefreiten zu verweilen. Wir sind so frei, neugierig zu sein und werden all den Schweigsamen den Mund zu öffnen versuchen. Wir werden immer wieder fragen, hundertmal peinlich werden, jeden braunen Hujaren interpellieren:

„Warum schreist du nicht, „Nieder mit der Regierung Papen!“ wie du „Nieder mit der Regierung Brüning!“ ausrufen hast, warum auf einmal nicht mehr „Weg mit den Notverordnungen“, „Schluß mit den drückenden Steuern?“

Ist Herr von Papen gegen die Franzosen und Polen schneidiger losgefahren als seine Vorgänger? Hat er in Lausanne mehr „nationale Würde“ an den Tag gelegt als diese? Mit nichten. Er hat keine Ansprachen aus Courtoisie und Klugheit französisch gehalten, wo Stresemann, Hermann Müller, Curtius und Brüning deutsch sprachen. Er hat sich beim Händeschütteln mit Jaksfi, dem polnischen Ministerpräsidenten, der bußende Male versichert hat, kein Fußbreit Bodens vom Korridor lehre zu Deutschland zurück, photographieren lassen. Er hat in seiner Rede kein Wort von der Kriegsschuldfrage erwähnt, nichts von der Aufhebung des Vertrages von Versailles. Er hat die Not Deutschlands genau so eindringlich und vornehm gechildert wie seine Vorgänger und dieselbe Antwort von Herrn Herriot erhalten. Er hat, es ist nicht zu glauben, nicht einmal mit der Faust auf den Tisch geschlagen und von dem Reigen der deutschen Geduld gesprochen. Warum, ihr tapferen Braunhemden, schreit ihr nicht „Nieder mit der Regierung Papen!“?

„Nieder mit der Regierung Papen!“? Weil euer Führer sich mit ihm verbündet, weil Hitler und Göring diese zu tolerieren versprochen — für entsprechende Gegenstände natürlich: Aufhebung des SA-Verbot, Kundunfunden und Reichstagsauflösung. Dafür wurde der Regierung Papen das Leben geschenkt mit all dem Schönen, was sie uns inszwischen geschenkt hat.

Warum, ihr Heerscharen des Rechts, ihr Hüter der Armen, schreit ihr nicht mehr „Weg mit den Notverordnungen“, mit der alten und mit der neuen? Ihr konntet doch so tapfer schmälen bei den Abzügen und Kürzungen und Verminderungen, die nicht den fünften Teil (soviel ausmachen, als sie jetzt über uns gekommen sind).

Schmerzt euch die Not der Arbeitslosen plötzlich nicht mehr, nachdem ihnen nicht 10 bis 15 Prozent, sondern bis zu 50 Prozent ihrer Bezüge genommen sind?

Stehen euch die Kriegsbeschädigten plötzlich nicht mehr so nahe? Habt ihr kein Mitleid mit den Invaliden, Witwen, Waisen, denen 6, 5, 4 M. pro Monat abgezogen werden?

Sind euch die Beamten, Angestellten, Handwerker und Kaufleute gleichgültig, denen neue Steuern auferlegt wurden, Beschäftigtensteuer ohne Freigrenze in ungerechter Progression, Umsatzsteuer und Salzsteuer?

Schreit doch laut „Weg mit den Notverordnungen“, „Weg mit der Regierung, die sie geschaffen hat!“

Wenn ihre nicht mehr tut, wenn ihre nicht mehr hilft, dann doch nur, weil diese Regierung auf den Schultern eures Führers steht, weil Hitler und Göring ihr Schonung und Duldung versprochen und diese Duldung über trotz aller Missetaten auf die Lebenshaltung ihrer Wähler.

Daher diese Verprechungen konnte die Regierung nicht kommen, könnte sie diese Not nicht verordnen, um in eurem Sprachgebrauch zu bleiben.

Und weil ihr diese Regierung schätzen wollt, deshalb haben eure 162 preußischen Landtagsabgeordneten den Saal verlassen, als dort der Antrag auf Rücktritt des Kabinetts Papen zur Abstimmung stand!

Deshalb werden wir nicht lächeln. Deshalb werden wir hundertmal fragen: ihr habt den Sturz von Brüning verlangt und damit die Regierung der Barone herbeigeführt, ihr habt die Besetzung der Notverordnungen versprochen und trotzdem dem Schlimmeren zum Erfolg verholfen!

Herr Goebbels kann noch so energisch befehlen, daß davon nicht gesprochen werden darf. Die Betroffenen selbst, die Invaliden, Witwen, Waisen, Unfallrentner, Arbeitslosen, Steuerzahler, werden davon reden und sie werden gegebenenfalls euer Schweigen zu würdigen wissen. Keine Antwort ist auch eine Antwort!

In Hessen ist angefangen worden zu fragen, aber die Zeit war noch zu kurz. Deshalb, Genossen, fragt laut, fragt deutlich, fragt immer wieder, fragt so oft und so lange, bis sie — keine Antwort mehr geben können!

„System Hitler“ regiert

Parteibuchbeamte an der Futtergrille

Odenburg, 23. Juni. (S.P.) Als die Nationalsozialisten im odenburgischen Landtag eine parlamentarische Minderheit darstellten, konnte sie nicht laut und nicht oft genug die Forderung nach Sachministern in der deutschen Politik erheben. Jetzt, da sie selbst die Landesregierung übernommen haben, denken sie nicht im entferntesten daran, zu ihren früheren großen Worten zu stehen.

Den Platz des Ministerpräsidenten haben sie mit ihrem bisherigen Gauführer Rövers besetzt, der aus dem Kaufmannsstand hervorgegangen ist und keinerlei sonstige Vorbildung für dieses Amt besitzt.

Zum odenburgischen Bevollmächtigten beim Reich machten sie den Reichstagsabgeordneten Spangermacher, der Redakteur am odenburgischen Naziblattchen ist und von Verwaltung und juristischen Dingen keine blasse Ahnung hat. Der bisherige sachliche Vertreter in Berlin, der Staatsrat Ahlhorn, wurde abbesetzt.

Der viel geschmähte Richtsachmann und der Parteibuchmann sind also, nachdem die Nazis jetzt an der Macht sind, im Handumdrehen rehabilitiert worden, ein Vorgang, den man sich angesichts der Agitationsrederei dieser Leute merken sollte.

Soll in Deutschland „legater“ Bürgerkrieg herrschen?

Bayern warnt

Der verhängnisvolle Kurs der Papen-Schleicher-Regierung

München, 23. Juni. (Eig. Draht.) Die bayerische Regierung wird sich am Freitag in einem Ministerrat mit dem Ultimatum der Papen-Schleicher-Regierung befassen. Der grundsätzliche Inhalt ihrer Antwort liegt heute schon fest. Sie wird ohne Gehör und mit aller Klarheit offen erklären, daß Bayern nicht in der Lage ist, der Reichsregierung auf ihrem falschen politischen Wege zu folgen und dem Verlangen nach Aufhebung des Uniform- und Demonstrationverbots Nachdruck zu geben.

Diese ablehnende Haltung, die mit ausführlichen rechtlichen Gründen belegt sein wird, gründet sich auf folgende Auffassung. Die bayerische Regierung ist sich vollkommen klar darüber, daß für Bayern schwerste Gefahren im Verzug ist, und daß seit 1918 keine bayerische Staatsregierung in einer ähnlichen besorgniserregenden Situation sich befinden hat. Sie erblickt aber in der Forderung der Reichsregierung die unmögliche Zumutung,

nicht nur den einwandfreien und nicht bestrittenen Rechtsstandpunkt preiszugeben, sondern auch eine als durchaus falsch und geradezu verhängnisvoll empfundene Saitung der Reichsregierung auszuüben. Sich dieser Zumutung zu beugen, würde für Bayern und seine Regierung die

Selbstauflage bedeuten, und auf einen Verrat an der Sache Bayerns und seiner Zukunft hinauslaufen.

Wie die Münchener neuesten Nachrichten zu berichten wissen, soll Staatsminister Stülkel auf der Konferenz der Innenminister in Berlin eine sehr eingehende Begründung des erlassenen Uniformverbots gegeben haben. Das Verbot gebe nicht lediglich auf die Vorfälle im bayerischen Landtag zurück; vielmehr habe die bayerische Regierung nationalsozialistisches Material in Händen, das der Konferenz mitgeteilt worden sei und dem die staatsgefährlichen Ziele geplanter Demonstrationen eindeutig herozugehen.

Vor einer Notverordnung gegen Süddeutschland

Die Zentrumsprelle teilt mit: Die kommende Notverordnung, die die Länderrechte in der Uniform- und Demonstrationsfrage einschränken wird, wird voraussichtlich am nächsten Montag veröffentlicht werden. Die Reichsregierung halte nicht aus juristischen, sondern nur aus politischen Gründen die Befestigung verschiedener Ländermaßnahmen für unbedingt notwendig. Diese Erklärung ist die bedenklichste.

Blutiger Braunhorden-Terror

Schüsse aus einem Kornfeld

Bösum, 23. Juni. (Eig. Draht.) In Bösum-Niemte wurden in der Nacht zum Donnerstag heimtückende Passanten in unmittelbarer Nähe einer von Neubäuerinnen bewohnten Schrebergartenkolonie aus einem Kornfeld heraus beschossen. Ein Arbeiter, Vater von drei Kindern, der keiner Partei angehört, wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Ein Mann erhielt an der Seite seiner Frau einen Wundschuß.

Der Polizei gelang es bisher nicht, die Täter zu fassen. Sie suchten auf das Gelände der „Konstantin“.

Ein nationalsozialistischer Überfall auf die Schrebergartenkolonie wurde gerücheltweise schon seit einigen Tagen angekündigt. Der Bevölkerung der umliegenden Erdbauerkolonie hat sich große Erregung bemächtigt, zumal Nationalsozialisten bereits vor mehreren Tagen nachts mit zwei Ueberfallwagen eine Kolonie besetzten und absperzten, um nach einem Kommunisten zu „fahnden“.

„Akademiker“ vom Dritten Reich

Frankfurt a. M., 23. Juni. (Eig. Draht.) Die Nazisombys setzen ihre Provokationen in der Nähe der Frankfurter Universität auch am Donnerstag fort. Etwa 1000 uniformierte SA- und SS-Leute hielten die zur Universität führenden Straßen besetzt. Später versuchten sie gegen das Universitätsgebäude vorzudringen. Der Polizei gelang es jedoch, die Nazisombys mit dem Gummiknüppel zurückzubringen. Mehrere Nazi wurden verhaftet. Der Unterrichtsbetrieb an der Universität konnte aufrecht erhalten werden.

Nazisturmführer unter Mordverdacht verhaftet

Breslau, 23. Juni. (Eig. Draht.) Die Polizei hat am Donnerstag als mutmaßlichen Täter, der am Mittwochabend in der Uferstraße den Reichsbannermann Günther niedergeschossen hat, einen Nazisturmführer namens Brudny verhaftet.

Blamierte Uniformträger im württembergischen Landtag

Abgemehrte Provokation

Stuttgart, 23. Juni. (Eig. Meldung.) Die Sitzung des württembergischen Landtags, der am Donnerstag nachmittags zu einer neuen Tagung zusammentrat, ist wenige Minuten nach ihrem Beginn aufgeflogen. Die 23 nationalsozialistischen Abgeordneten waren demonstrativ in Uniform in den Saal gekommen, was bisher nicht der Fall gewesen war und deshalb von der Mehrheit der Parteien als Provokation empfunden wurde. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, H. A. Hof, meldete sich zur Geschäftsordnung, gab dieser Auffassung Ausdruck und beantragte, daß die Parteien nicht gewillt seien, sich dies gefallen zu lassen, die Sitzung auf morgen zu versetzen. Hierüber geriet der nationalsozialistische Landtagspräsident Mergenthaler in maßlose Aufregung und wollte zunächst den Zentrumsführer am Weiterreden hindern, da er seine Begründung des Vertagungsantrags nicht als berechtigt anerkennen könne.

lichte, die die Reichsregierung seit ihrem Beistehen herausgegeben hat. Sie besagt einfach, daß man bewährte Reichswehrkräfte der Länder durch bindendes Reichsrecht außer Kraft setzen muß, weil man sich politisch gebunden fühlt.

Blutige Opfer des Braunhemdenkrieges

Eine Anklage des Reichsbanners

Breslau, 23. Juni. (Eig. Draht.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Mittelschlesien, hat anlässlich der schweren blutigen Zusammenstöße, die sich am Mittwochabend in Breslau abspielten, folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister geschickt:

„Tagelange anseitig verurteilte Hege der Nationalsozialisten, verböhmigte Plakatierung mit der Aufforderung zu Demonstrationen und Pogromhege; „Fertig machen nach Jerusaleem“ haben in Breslau zu grauenhaften Bürgerkriegsvorgängen geführt. Ueber 2000 Nationalsozialisten waren hier zusammengeworfen. Geschlossene Ummärsche, bei denen es zu blutigen Ueberfällen auf Andersdenkende kam, erfolgten in verschiedenen Stadtteilen.

Jahrzehnte Schwerverletzte sind als Opfer zu beklagen. Für die kommenden Tage ist schlimmstes zu erwarten, wie Androhungen des Nationalsozialisten Heines, „man soll die Polizei zum Teufel jagen“, beweisen. Mit aller Entschiedenheit legt Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Verwahrung ein gegen diese Entfesselung der Bürgerkriegsleidenschaft. Es verlangt Geltendmachung und Durchführung der vorliegenden Bestimmungen auch gegenüber unerhört nationalsozialistischem Terror und blutiger Straßenherrschaft.

Baumhoff nimmt Vizepräsidentenwahl an.

Berlin, 23. Juni. (Eig. Draht.) Der am Mittwoch zum preußischen Landtag zum zweiten Vizepräsidenten gewählte Zentrumsabgeordnete Baumhoff hat die Wahl entzogen seiner anfänglichen Absicht angenommen.

Sächsischer Landtagsauflösung abgelehnt.

Dresden, 23. Juni. (Eig. Draht.) Der Sächsische Landtag lehnte am Donnerstag mit 35 Stimmen der Sozialdemokratie und der meisten bürgerlichen Parteien den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtags ab. Dafür stimmten Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten.

Brudny ist in Breslau seit langem als politischer Kaufmann bekannt. Er gehörte früher dem Rotfront-Kämpferbund an. Vor einigen Jahren wurde er wegen Unterschlagungen in einem Arbeiter-Sportverein aus der RFD. ausgeschlossen.

Wie die polizeilichen Nachforschungen ferner ergeben haben, wurde in der Uferstraße noch ein 33jähriger Nazianghöriger angeschossen. Der Täter ist ein Kommunist.

Kochum unter Naziterror

Glorifizierung der Schandtat

Bösum, 23. Juni. (Eig. Draht.) In Bösum, dem Sitz der nationalsozialistischen Gauellen des Ruhrgebietes, herrscht seit dem Tage der Aufhebung des SA- und SS-Verbotes rücksichtslosster brauner Terror. Das Straßenschild wird von den aus der gesamten Umgebung der Stadt systematisch zusammengeworfenen SA- und SS-Horden besetzt. Fast täglich ereignen sich

Zusammenstöße mit politisch Andersdenkenden, hauptsächlich Kommunisten, wobei die Nationalsozialisten planmäßig handeln, indem sie durch persönliche Anrempelungen provozieren und jede Abwehr, mag sie durch Worte oder Taten erfolgen, zum Anlaß nehmen, den Gegner auf der Stelle niederzuschlagen oder mit dem Messer unabsichtlich zu machen.

Häufig sind auch kriechliche Straßengänger Opfer des braunen Terrors. Die Polizei befindet sich seit Tagen in höchster Alarmbereitschaft.

Das hiesige Naziotag hat sich bisher nicht gekümmert, die Schandtat der braunen Totschlagarmee noch zu glorifizieren. U. a. erscheint in dem Blatt seit Tagen ein

großes Inzerat einer Waffenfabrik, das Schußwaffen in Wort und Bild empfiehlt.

Es ist deshalb kein Wunder, daß der Polizei bei Verhaftungen von Nationalsozialisten zugleich immer wieder scharf geladene Schußwaffen in die Hände fallen.

Ueber diesen Versuch, die Redefreiheit zu beschränken, entstand ein großer Tumult und gegenseitige Beschimpfungen flogen namentlich zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten hin und her. Die Erregung des Hauses steigerte sich, als der nationalsozialistische Abgeordnete Marx erklärte, daß sich seine Partei über ihre Kleidung keine Vorschriften machen lasse, und daß sich die anderen Parteien noch an ganz andere Dinge würden erinnern müssen. Die anderen Parteien trügen ja auch eine Uniform, nämlich die der politischen Neutralität.

Als sich der Vizepräsident erhob, mußte der Präsident abstimmen lassen. Der Antrag auf Vertagung erhielt die Stimmen des Zentrums, der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, war also angenommen. Damit war die Sitzung geschlossen, ehe sie überhaupt begonnen hatte und die Nazis sogen sich kühllich enttäuscht über das Mißlingen ihrer Demonstration aus dem Saal.

Die deutschen Kriegsschiffe im Danziger Hafen

W. B. Danzig, 23. Juni. Das Linien Schiff „Schlesien“ und die beiden Torpedoboote „T. 190“ und „T. 107“, die heute morgen auf der Danziger Reede vor Anker gegangen waren, liefen gegen 17.30 Uhr in den Danziger Hafen ein.

Rathenau-Tag

Republik, wehr dich! Sei die Parole zur Erinnerung an den Rathenau-Mord vor 10 Jahren

Am Morgen nach der heute vor 10 Jahren erfolgten Ermordung Walter Rathenaus erschien im „Vorwärts“ über der Gedächtnisrede Joseph Wirths ein Rathenau-Gedicht, das wie kaum ein anderes politisches Zeitgedicht die Massen aufschwülte und die gesamte deutsche Arbeiterschaft erfasste hat.

Dieses Gedicht war von Arthur Zidler und hieß
Republik, wehr dich!
Vor dir liegt ein erschlagener Sohn
Um deinetwillen, der wienelte schon —
Dah er für immer der Letzte sei,
Halt durch ganz Deutschland ein einziger Schrei
Republik, wehr dich!

Keine anständigen deutsche Zeituna, die das Gedicht nicht damals in großen Lettern gebracht hätte! Keine Rathenau-Gedenkreise, ohne das sich irgend ein Rezipient dieser hämmernenden Verse angenommen hätte!

Dieser Arthur Zidler ist leider wenige Monate danach nach rechts abgeschwenkt. Sein Rathenau-Gedicht aber ist auf. Denn es erfüllt den ganzen Massenjorn und den wütenden Abwehrwillen des deutschen Proletariats gegen die feige Mordbest der Reaktion.

Republik, wehr dich! Das muß auch heute unsere Parole sein. Sehn Jahre nach dem Opferlohn Walter Rathenaus!
Republik, wehr dich! Es ist weit Gott heute allerhöchste Zeit! Uns den paar Mordgesellen, die ihre bestialische Tat in einem schmerzhaften Vorturn mit dem Tod gebüßt haben, ist eine ganze braune Horde gemorden, die seit Jahren als politisches Sangeslied nichts wie den Mord propagiert und übt!

Republik, wehr dich! Das ist der letzte Sammelruf des republikanischen Deutschland vor der großen Entscheidungsschlacht am 31. Juli, die darüber bestimmt, ob Deutschland ein Kulturstaat bleibt oder in der Barbarei versinkt!

Republik, wehr dich! Ueber diesen Kampf ist die ganze kultivierte Welt auf das deutsche industrielle Proletariat. Alles, was den Frieden will und das Menschenrecht, die Abkehr vom Mordbisch der braunen Banditen und von dem Evangelium der Rührerückaufnahmen sieht sich auf uns: In Österreich, in Danzig, in der Schweiz, in Holland, in Belgien, in Frankreich, in England, in Nord- und Südamerika, in Indien, in Australien — in der ganzen Welt!

Republik, wehr dich! Das sei die ganz konkrete Kampfparole gegen das Kabinett Eschbacher-Paen, das Volkswortorgan der braunen Garanie! Gegen die erdrückende Belastung der Armen und die Schonung der reichen Leute! Gegen die Zerteilung des deutschen Volkes in eine angeblich nationale und in eine vaterlandsverräterische Hälfte, gegen die Trennung der Menschen in Junter und Bürger, in Herr und Knecht!

Republik, wehr dich! Das sei die Fahne, die über uns flattert, wenn wir am 31. Juli antreten zum letzten Kampf zwischen Demokratie und Diktatur — auf Leben und Tod.

Der Rathenau-Mord vom 24. Juni 1932

Wenn der Massenjorn gegen die rechtsradikalen Mörder erwacht ...

Sehn Jahre sind vergangen. Ein strahlender Sommernormtag über der Welt, als eine Schredensstunde durch alle deutschen Städte und Dörfer, durch die ganze Welt ging und auch die Müde-ten und Schicksaligen aufrißte und empörte: Walter Rathenau war in der Nähe seiner Wohnung, in der Königsallee im Grunewald, von nationalsozialistischen Mordbuben erschossen worden.

Mordtraining bei Cognac und Wein
Die Täter und hauptsächlichsten Mitwisser waren: der 25jährige Edwin Kern, ein früherer Geodät, der 25jährige Ingenieur Hermann Fischer, der 24jährige Ernst Werner Tschow, Sohn einer Berliner Kaufmannsfamilie, ein 16jähriger Jüngling namens Gert, der Bruder Ernst Werner Tschows und schließlich ein notorischer Psychopath, der schamlosliche Günther. Am 18. Juni entwarfen die Mörder in der Wohnung der Frau Tschow den Attentatsplan. Am Vorabend des schrecklichen Mordes trainierten die Verbrecher auf ihren Anschlag durch eine fetten Kneiperei; Wein, Cognac und Bier flossen in erheblichen Mengen.

Maschinenpistole und Eierhandgranate
Am 24. Juni vormittags gegen 11 Uhr fuhr Rathenau in einem offenen, nicht sehr beweglichen Wagen in sein Amt. Die Mordbuben lauerten mit ihrem Kraftwagen in der Königsallee und zwar an einer Stelle, an der die Straße eine Kurve macht und deshalb die Autos ihr Tempo verlangsamen müssen. Als Rathenaus Wagen erschien, luden die Mörder los und überholten das Auto des Ministers an der Kurve. Sie drängten den Wagen erst nach links. Als sich Rathenau in seinem offenen Wagen vorwärts bewegte, um nach dem anderen Auto zu sehen, gab Kern aus nächster Entfernung aus seiner Maschinenpistole Feuer. Mit einem Schuß fiel der Minister zusammen. Nachdem Kern sein Magazin nachgeladen hatte, warf Tschow noch eine Eierhandgranate. Dann schossen die Mörder in wilder Geschwindigkeit davon, während das Blut des ermordeten Ministers auf den Boden des Wagens niederfiel.

Der Feind steht rechts
Die Empörung des Volkes war gewaltig. Auch im Reichstag gingen die Wogen der Bewegung hoch. Tausende Entrüstungsrufe

gegen die rechtsradikale Mordbest wurde laut. Das war damals, als Reichsminister Wirth seine berühmte gemordete Rede hielt, in der er sagte: „In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! ... In diesem Sinne müssen alle Hände, muß jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland die Atmosphäre des Mordes, der Vergiftung zu zerstören! (Mit einer entrüsteten Wendung gegen die Rechte.) Da steht der Feind, der Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind. Darüber ist kein Zweifel. Dieser Feind steht rechts!“ Der Parlamentsbericht verzeichnet nach diesen Worten „fürmischen, minutenlangen, immer wiederkehrenden Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses und auf den Tribünen, langandauernde Bezeugung.“

Es lebe die Republik
In riesigen Kundgebungen demonstrierte das Volk gegen die Mörder und ihre Hintermänner. Gewaltige Straßendemonstrationen fanden in allen Städten und Bezirken statt, der flammende Aufruf der Sozialdemokratie schloß mit dem von Millionen fürmisch aufgenommenen Ruf: „Es lebe die Republik!“ Am Befreiungstage des hingerichteten Ministers der Republik sah der Berliner Luftgarten ein Menschenmeer, das alle Straßen der riesigen Stadt beim An- und Abmarsch überflutete. Die Reaktion, die eine solche Antwort nicht erwartet hatte, verlor sich wieder in ihre Novemberböden. So wie in Berlin, war es überall. In Chemnitz marschierten 100 000, in München 150 000, in Elberfeld 80 000 Republikaner, ganz Deutschland war ein einziges Aufmarschgebiet der republikanischen Massen.

Auf Mörderjagd
Die Jagd auf die Mörder begann. Am 29. Juni wurde in Frankfurt a. O. der flüchtige Ernst Werner Tschow, der Handarbeitswerker vom Berliner Grunewald, festgenommen. Am 11. Juli gelang es einem großen Fahndungskommando, im Gardelegener Gebiet die flüchtigen Mörder Kern und Fischer zu umstellen. Noch einmal entwischten die Verbrecher dem Quartier ihrer Verfolger. Aber der Ring zog sich enger und enger. Am Abend des 16. Juli ermittelten mehrere Kriminalbeamte die Rathenau-Mörder auf Burg Saalau. Als die Mordgesellen sahen, daß es kein Entrinnen mehr gab und die Polizei zum Sturm gegen das Mördernest ansetzte, laagten sich Kern und Fischer auf dem Burgturme eine Kugel in den Kopf. Die Beamten konnten die Schüsse von der Königsolee nicht mehr lebend fangen.

Volk auf der Wacht!
Sehn Jahre sind seit der schrecklichen Mordtat vergangen. Wieder will die Welt der Reaktion, heute in die butschmierten Braunbenden der nationalsozialistischen Faschistenlinie ge- fliehet, der Republik ans Leben. Wieder sind wir in den letzten Tagen des Juni. Und wieder stehen Millionen Herzen und Arme bereit, die Republik und die Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Antwort, die das Volk auf die Schüsse von Berlin-Grunewald im Jahre 1932 gab, sollte den faschistischen Bürgerkriegern eine bitterste Mahnung und Warnung sein!

Schicksalsstunde in Lausanne

Vor entscheidender Aussprache

Höhepunkt der Spannung

Lausanne, 23. Juni. (Eig. Drabt.) Die Spannung über die schwere Artie der Reparationskonferenz ist am Donnerstag auf ihrem Höhepunkt angelangt. Alles wartet auf die am Freitag stattfindende Verhandlung zwischen Herriot und der deutschen Delegation, die wohl über das Schicksal der Konferenz entscheiden dürfte. Die englische Delegation teilte am Donnerstag nachmittags mit, die sehr nützlichen und in freundschaftlichem Geiste fortgeführten Verhandlungen zwischen der französischen und britischen Delegation seien ausgesetzt worden, um der französischen Delegation Gelegenheit zu geben zu einer direkten Aussprache mit der deutschen Delegation. Man nimmt daher an, daß sich Macdonald und Herriot noch nicht auf einen Vorschlag einigen konnten und dies auch erst möglich sein wird, wenn die Stellungnahme Deutschlands zu einer der noch nicht genau fixierten Verständigungsmöglichkeiten vorliegt. Nicht weniger als vier Pläne seien bei diesen Möglichkeiten imelander über, ohne daß einer allein als Grundlage ausreißend erscheint. Soweit steht man heute jedoch schon klar, daß

Deutschlands Plan, die bedingungslose völlige Schuldenstreichung und damit die endgültige Lösung der Reparationsfrage nicht zu verwickeln sein wird.

Wie weit man noch in Lausanne zu umfassenderen Verständigungen kommen wird, läßt sich nicht übersehen. Sie spielen aber in den Plänen der Engländer und Belgier eine hervorragende Rolle und sind bestimmt.

Deutschland und seinen Gläubigern eine Erholung zu bringen, die bei späteren Verhandlungen über eine Abschlußzahlung im Sinne des französischen Planes eine möglichst niedrige Bemessung sichern sollen.

Die Unterredung v. Paven-Herriot am Freitag wird den Reichs-kanzler vor die entscheidende Frage stellen, ob er mit einem Teilergebnis oder mit leeren Händen nach Hause gehen will.

Die Steuereingänge

Das Reichsfinanzministerium gibt das Aufkommen aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat Mai mit 541 Millionen Mark an. Das Aufkommen liegt damit um fast 200 Millionen Mark unter dem Stand des Vormonats, aber um einige Millionen Mark höher als im Mai 1931. Die Abweichungen erklären sich aus den verschiedenen Fälligkeitsterminen. Jedoch ist festzustellen, daß die Steuern immer härter werden. Die Lohnsteuer brachte z. B. im Mai 1931 rund 96 Millionen Mark, diesmal nur 65,66 Millionen. Die Kraftfahrsteuer ist von 21,7 Millionen Mark auf 17,6 Millionen Mark zurückgegangen. Die Beförderungsteuer verminderte sich von 23 Millionen Mark auf 14,2 Millionen Mark. An Biersteuer sind im Mai 1932 rund 25,8 Millionen aufkommen, Mai 1931 dagegen 34,7 Millionen. Für Mai 1932 beträgt die Reichsfluchtsteuer rund 416 000 M.

Beschwerde Württembergs über das Reich

Im Finanzausschuß des Württembergischen Landtags fand eine große Aussprache über Arbeitsbeschaffung, Siedlungsfragen und Hoffnungsbehebung statt. Dabei führte Wirtschaftsminister Dr. Maier Beschwerde über das Reich, das bei der neuen Verteilung der den Gemeinden zugehörigen Summen von 672 Millionen Mark an Württemberg hiervon nur 2,9 Millionen Mark aussahlt, während ihm nach dem Schlüssel des Steueraufkommens 26 Millionen aufstehen. Dabei seien aus Württemberg von 1927 bis 31. März 1932 insgesamt 42 Millionen Ueberzahlungen an die Reichs-anzahl für Arbeitsvermittlung usw. geflossen. Der Kampf gegen die erneute Ungerechtigkeit habe neben anderem auch beim Besuch des Staatspräsidenten beim Reichspräsidenten eine erhebliche Rolle gespielt. Man habe wenigstens erreicht, daß der Schlüssel für den Verteilungsschlüssel des Reichs nicht mehr der 1. Oktober, sondern daß er beweislich sei, so daß im Winter größere Beträge geleistet werden sollen als im Sommer. Aber der Kampf um eine gerechte Zuteilung muß weitergehen.

Wir fordern Kundfunkgebührenbefreiung der Arbeitslosen

Bisher haben sich die verantwortlichen Instanzen der Reichspost mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß der wachsenden Notlage aller Arbeitslosen Rechnung getragen wird und sie von den Kundfunkgebühren befreit werden. Dieser Widerstand muß endlich aufgegeben werden. Nachdem durch die letzte Notverordnung die Unterfühlungsätze in allen Zweigen der Arbeitslosenfürsorge angezogen worden sind und die Bedürftigkeitsprüfung ganz allgemein eingeführt worden ist, wäre es eine große Ungerechtigkeit, wenn man die Befreiung von den Kundfunkgebühren auch weiterhin lediglich auf die Empfänger von Krisen- oder Arbeitslosenunterstützung erstrecken würde. Richtig müssen alle Arbeitslosen, ganz gleich, von welchem Zweig der Arbeitslosenfürsorge sie unterstützt werden, in den Genuss des Gebührenerlasses kommen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost haben dementsprechend eine Ausdehnung der Bestimmungen über den Gebührenerlass verlangt, und es ist die Pflicht des Arbeitsausschusses, der am 24. Juni zusammentritt, daß er diese Ausdehnung zum 1. Juli beschließt.

Da Herriot und Macdonald entschlossen sind, ein für die Weltwirtschaft erleichterndes Ergebnis zu erreichen, könnte nach einem negativen Ausgang der am Freitag zu führenden Gespräche die Fortsetzung ihrer Verhandlungen möglicherweise zu einer für Deutschland unerreichbaren englisch-französischen Abmachung führen, die von der Konferenz angenommen würde.

Papen fordert endgültigen Strich

Lausanne, 23. Juni. Auf einem von der Deutschen Kolonie veranstalteten deutschen Abend sprach Reichskanzler von Papen und betonte nochmals die dringende Notwendigkeit, zu endgültigen Entscheidungen in Lausanne zu kommen. Man müsse sich vor allem entschließen, einen endgültigen Strich unter die Rechnung des Krieges zu machen.

Englisches Reparationsmemorandum

Lausanne, 23. Juni. Wie aus Kreisen der englischen Delegation verlautet, soll das englische Memorandum zur Reparationsfrage u. a. folgende Ansicht enthalten:

Großbritannien wünscht nach wie vor eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, um das Vertrauen der Weltöffentlichkeit wieder herzustellen und um so der Weltwirtschaft einen neuen Antrieb zu geben.

Ferner soll in dem Memorandum festgestellt werden, daß Deutschland augenblicklich nicht in der Lage sei, zu zahlen.

Das Memorandum lasse die Frage einer späteren Zahlungsfähigkeit Deutschlands offen, wünscht aber, daß die jetzige Lösung der Frage herant sei, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands nicht gehemmt werde. Großbritannien sei absolut dagegen, Deutschland jetzt derartig zu überlasten, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht erholen könnte.

Die Vorschläge Englands leben aus, als ob sie die Grundlage eines Kompromisses zwischen der deutschen und der französischen Auffassung bilden sollen. In diesem Sinne ist auch die Ermahnung einer späteren Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu verstehen.

Zureden hilft...



Der Kaufmann Hurti, Branche Seide, Noch frei vom Offenbarungseide.



„Freund, wenn Du wüßtest, wieviel kommen!“
„... vom Freiheitsoffer schon vernommen?“



Der Kaufmann Hurti hat berappt!
Ob's morgen Karl genau so klappt?



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1916 Beginn der Sommerfröhen. — 1919 Aufbruch in Hamburg. — 1920 1. Sitzung des 1. republikanischen Reichstags. — 1922 Ermordung M. Rathenau. — 1923 Sprengung der Jos. Druckeri Münster (Nationalisten). — 1928 Forstler Bismarck kehrt zurück.

FFD fährt vorüber

Jeden Tag jede ich ihn auf der Eisenbahnbrücke vorübergeleiten in leichter, alsidmähig federnder Fahrt. Gelb und lila leuchten seine Wagen. Im Fahrplan heißt er FFD und trägt eine Nummer dazu. Bekannter ist er unter dem Namen „Reinhold“ oder „Eros“. Er ist ein Luxus-Tern-D-Zug. Von so vornehmer Seltenheit, daß er in nur zwei Exemplaren besteht. Er hat nur eine Klasse, die erste, in seinen wenigen Wagen. Er fährt natürlich Speise- und Schlafwagen mit sich. Reisende des FFD vermüssen auf der Eisenbahnfahrt nicht gern die Bequemlichkeiten ihres luxuriösen Daseins.

Jeden Tag gleitet er vorbei. Als wir ihn (wie lange ist das her?) zum erstenmal sahen, blieben wir staunend stehen und sahen ihm voll Bewunderung nach. Aber man gewöhnt sich leicht an den Luxus der anderen. Deshalb achten wir kaum noch auf den federnd und leicht vorüberfahrenden Zug. Manchmal sind gar keine Gedanken verloren dem gleichmäßigen Takt der hüpfenden Schlusslaternen. Manchmal nur...

Es ist Sommer. Das Steinmeer der Städte bedrückt uns mit seiner Enge. Pflätsch lassen wir die Uhren an den Straßenenden, die das Maß unserer Schritte bestimmen; plötzlich lassen wir Apfelmus und Benzingeruch; plötzlich überfällt uns ein wütendes Traurigkeit, wenn wir Autobus, Pferdetrappel, Menschenschrei hören, und dabei an stille Wälder, weites Meer und hohe, fähle Berge denken.

Dreißig Minuten, eine halbe Stunde mißt der Radius des Kreises, in dem unsere Tage sich vollenden mit ihrer Mühe, ihren Sorgen und ihrer Not. Dreißig Minuten — weiter entfernen wir uns täglich nicht von unserer Wohnung. Im ewigen Gleichmaß geht es immer rinasum. Immer rinasum.

Und doch sind wir fremden Städten, Ländern und Meeren verwandt. Zwischen den Schienen schimmert uns schon Wien und Amerika. Und wie im Traum haben wir ein wenig arbeitslose Hände, selbst fremde Sterne scheinen für Sekunden uns schon greifbar nah.

Der FFD fährt an uns vorüber. Unsere Gedanken begleiten ihn. Weit weit. Sie fliegen über Länder und Meere. Wir vergessen unseren täglichen Trost und fangen dabei an zu dichten. Und aus dem Gefühl von Adern und Schienen werden verflochtene Reisebeschreibungen, die wir als Kinder irgendwo einmal hörten oder lasen. Oder es steht vor unseren Augen eines fremden Erdteils derwüste Kontur, mit unsicheren, tastenden Händen beschrieben, die die vergessene Spur. Passanten haben uns verumwandelt an, wenn wir lächelnd queren die Straßen.

Schnell ist der Zug vorbeigezogen. Menschen sitzen in ihm, die ans meiste, herrliche Meer fahren. Oder die an stille Seen auf Wochen in Erholung gehen. Sie wohnen in den teuersten Hotels und jedes fremde Land bedeutet ihnen nur ein Unterbrochen ihrer Paneweiße und Bequemlichkeit. Wenige nur sind es, die die gelblichen Wagen in die Weite bringen. Wenige, „Auserwählte“.

In den Städten aber sind Millionen, die nie die hohen Berge, nie das weite Meer gesehen, die nie die köstliche Stille einsamer Wälder kennen lernten, nie Hoffnung haben dürfen, aus dem engen Kreis ihres Daseins herauszukommen. Millionen, die arbeitslos sind, die hungern und die in einem ganzen Monat mit ihrer Familie nicht soviel zum Leben haben, als eine einzige Fahrt mit dem Luxuszug kostet, und Millionen, die selbst wenn sie arbeiten und Kraut bekommen, kein Geld haben, um zu reisen. Wozum denn? Millionen Menschen sind das.

Der FFD glitt vorbei. In der Ferne entschwinden seine Schlusslaternen. In den dunklen Fenstern seiner Wagen spiegelt sich mit hellem Glänze die Sonne. Leicht und federnd fährt der Zug. In weiche Polster bequem hingelehnt, durchfahren Menschen die Länder. Aber vorn auf der Maschine stehen Männer, schwarzberüht und schweißnass. Sie sehen nicht die Länder, die sie durchfahren, sie sind nicht in Polsterkissen hingelehnt, sie sehen nur Signale und Schienen. Und Uhren, von denen Zeiger und Nadeln sie anschnellen, wie mich und dich.

Einmal aber fahren auch für uns die Züge in alle erdenklichen Fernen, einmal tragen auch sie uns aus brandenden Städten in Wälder und schweigendes Land. Einmal werden wir nicht mehr nur träumen von fremden, vergessenen Sternen — die wir jetzt schon grüßen mit leise erhobener Hand.

Die Frau als Laienrichter

Der Artikel 132 der Reichsverfassung sagt: „Jeder Deutsche hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten.“ Daraus wird, dieses auch annehmen. Das bedeutet vor allem für die Arbeiterklasse einen Fortschritt gegenüber dem alten Recht, wo sie nur in ganz geringem Maße herangezogen wurde. Heute kann jede Arbeiterfrau ebenfalls an diesen Pflichten herangezogen werden und ist so in der Lage, bestimmend bei der Handhabung des Gesetzes mitzuwirken. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke der Frauengruppe der sozialdemokratischen Partei, einmal den Genossen K. o. G., der als langjähriger Laienrichter allerhand Erfahrung besitzt, über seine Tätigkeit berichten zu lassen. Ein Zeichen, wie sehr das Thema interessiert, war die gespannte Aufmerksamkeit und die lebhafteste Anteilnahme der Zuhörer. Das Recht, Schöffendienste zu leisten, bringt die Pflicht mit, daß sich der Schöffe orientiert. In den Verhandlungen sitzt er mit Berufsrichtern zusammen und soll dann nach seinen eigenen Wahrnehmungen urteilen. Dabei sind es nicht nur strafrechtliche Sachen, zu denen Laienrichter hinzugezogen werden, alle Fälle vor den Arbeitsgerichten und bei den sozialen Gerichten haben Laien als Beisitzer. Je größer das Wissen und die Erfahrung auf diesen Gebieten ist, einen um so größeren Einfluss kann der Laie auf die Gestaltung des Urteils nehmen. Auch die Frauen sind nicht selten Schöffe. Sehr oft sogar wirken sie auch in großen Prozessen mit und es kommt dabei, wie so oft im Leben, auf die einzelne Stimme an. Daß sich unsere Frauen auch als Schöffen vom Geschicklichkeitseffekt leiten lassen, ist selbstverständlich. Wir Sozialisten haben auf dem Standpunkt, wer eine strafbare Handlung begangen hat, muß dafür bestraft werden. Bei jedem Urteil müssen aber die mildernden oder veräbernden Umstände berücksichtigt werden. Nicht das Gefühl darf den Schöffen leiten, sondern allein der Wille zur Gerechtigkeit. In vielen praktischen Beispielen erzählt Genosse Koch die oft schwierige Stellung des Schöffen zu der Tat. Es war daraus zu ersehen, wie schwer das Amt eines Schöffen sein kann, wenn er es gewissenhaft ausüben will. Mit großer Lebhaftigkeit gingen die anwesenden Frauen auf verschiedene Fragen ein, ein Zeichen, daß alle sich bereits damit beschäftigt haben. Daß dabei immer wieder auf die Mängel in der Gesetzgebung hingewiesen wurde, ließ sich nicht vermeiden. Der Abend war äußerst interessant.

Unhaltbare Zustände im Karlsruher Straßenbahnverkehr

Die Karlsruher Straßenbahn gehört auch zu denjenigen Betrieben, die unter der Wirtschaftskrise außerordentlich zu leiden haben. Die Zahl der Fahrgäste hat sich trotz der feinerseitigen verbilligten Fahrpreise nicht vermindert, insbesondere ist im Berufsverkehr analog der Entlassungen von Arbeitern und Angestellten noch weiter zurückgegangen. Was liegt daher näher, als daß man versucht, durch Einschränkungen das entsetzende Defizit herabzumindern. Diese Sparmaßnahmen der Karlsruher Straßenbahn erstreckten sich bisher nicht nur auf personelle Ausgaben, sondern auch der Straßenbahnverkehr wurde davon erfaßt. Vor kurzem ist die Linie 2 nach Knielingen eingestellt worden und der Betrieb der Linie nach Knielingen nach Knielingen beendet nun die Verbindung der Fahrgäste von und nach Knielingen. Die Einstellung dieser Linie hat in der Dichtigkeit des Verkehrs eine größere Einbuße mit sich gebracht, die sich insbesondere auf den von dieser Linie bisher befahrenen Strecken äußerst unangenehm fühlbar macht, besonders wenn es gilt, vom Marktplatz oder von der Hauptpost nach dem Hauptbahnhof zu fahren, wo in der Hauptsache nur noch die Linie 2 und die noch verbliebene 2er Linie nach Kappenberg maßgebend sind. Zwischenwahlen von 8 Minuten sind gar keine Seltenheit. Daß bei diesem mangelhaften Verkehr ein großer Anstoß sich bemerkbar macht, ist selbstverständlich, denn in ca. 8 Minuten kann man zu Fuß auch ein schönes Stück Weg zurücklegen.

Man hat volles Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen, aber der Verkehr darf nicht so gebrochelt werden, daß er seine Zweckbestimmung zum allergrößten Teil verliert. Man hätte erwarten dürfen, daß bei Wegfall der Knielinger 2er Linie auf der anderen Seite ein kleiner Ausgleich geschaffen worden wäre, zum Beispiel durch Verdichtung der 3er Linie. Aber nichts ist geschehen. Man stellt einfach die Knielinger 2er Linie ein und damit ist fertig! Die Fahrgäste und das Personal der Straßenbahn haben unter diesen Maßnahmen gewaltig zu leiden, insbesondere in den Zeiten des sogenannten Stoßverkehrs. Die Kritik ist eine allgemeine, und wenn dabei auch manch unberschämtes Wort gegen die Straßenbahn fällt, so darf man sich nicht wundern.

Befonders hart in Mitleidenschaft ist mit der Drosselung des Straßenbahnverkehrs der

Gemeinschaftsverkehr bei der Albtalbahn

Nachdem der 10-Minutenverkehr auf der Albtalbahn ausgesetzt funktioniert, ist es nun die Straßenbahn, die einem das Wohnen im Dammertod und der Gartenstadt von Ruppurr recht teuer macht. Die schon früher bestanden Mängel im Gemeinschaftsverkehr sind trotz der großen Verprechungen der Stadtverwaltung, soweit die Straßenbahn in Betracht kommt, nicht gebessert worden, sondern es ist alles beim alten Zustande geblieben. Große Sprüche hat man gemacht, aber die Taten sind ausgeblieben. Von der versprochenen schnelleren Beförderung von der Albtalbahn ab ist gar keine Rede. Und selbst die Knielinger 2er Linie noch in Fortfall gekommen ist, ist die Verbindung mit der Straßenbahn eine geradezu miserabile. Am Dienstag zum Beispiel müßten die Fahrgäste, die mit der Albtalbahn 2.10 Uhr in der Gartenstadt abfahren, am Albtalbahnhof volle 10 Minuten warten, bis ein Straßenbahnwagen kam, mit dem sie dem Marktplatz aufbrechen konnten. Im Hauptbahnhof war wiederum 3 Minuten Warten, bis so daß allein auf der Strecke Albtalbahnhof bis zur Albfahrt des Wagens am Hauptbahnhof 13 Minuten Wartenzeit vergangen, und die Fahrgäste eine halbe Stunde brachten, um von Ruppurr nach dem Marktplatz zu gelangen. Beim Omnibusverkehr wurde dieselbe Strecke in 13 Minuten zurückgelegt.

Ein anderer Mangel, der durch die Sparmaßnahmen in Erscheinung trat, ist der, daß verlassene Wagen vom Marktplatz her nur bis zur ersten Haltestelle des Hauptbahnhofs fahren. Und hier heißt es dann: Aussteigen. Wer nun nach Ruppurr will, der muß also an der ersten Haltestelle am Hauptbahnhof aussteigen und nach der Albtalbahn springen, um den nächstfolgenden Zug zu erreichen. Tut er das nicht, so muß er wiederum 10 Minuten warten, bis das andere Gleise nach Ruppurr fährt. Ein Witzbold meinte dieser Tage, daß alle, die nach Ruppurr ziehen wollen, sich zuerst im Schnelllauf ausbilden müssen, um die mangelnde Verbindung der Straßenbahn durch Schnellläufe erlegen zu können.

Daß bei einer solchen ungenügenden Verbindung die Arbeiter, Angestellten und Beamten usw. die zur festgesetzten Zeit an ihrer Arbeitsstelle sein müssen, Schaden erleiden, ist ganz selbstverständlich. Wenn man soviel Zeit braucht, um mittels der Straßenbahn in die Stadt zu gelangen, so sind dies unangenehme Zustände. Für 10 Mark Fahrpreis im Monat darf man auch verlangen, daß die Verbindung eine annehmbare ist. Werden die Verkehrsverhältnisse aber nicht besser, so kann man erleben, daß die bisherigen Fahrgäste zum großen Teil zum Fahrrad greifen und auf Albtalbahn und Straßenbahn keinen Wert mehr legen. Erlöse; weitere Mindereinnahmen mit ihren Folgen wie Entlassungen von Personal usw. Schließlich will man für sein Geld auch eine Gegenleistung haben und nicht mit der Fahrkarte in der Tasche Wettläufe machen, um zur rechten Zeit an Ort und Stelle zu kommen.

in dem Tierheim in Pflege zu geben. Ein in dem Tierheim einbeschriebenes Hundebild bietet den Hundebesitzern Gelegenheit, ihre Tiere von Zeit zu Zeit grünlich und jagdgemäß reinigen zu lassen. Eine Maßnahme, die nicht nur im hygienischen Interesse der Tiere, sondern auch in dem der Menschen gelegen ist, die mit den Tieren in Berührung kommen. Leider konnte die Abteilung für Pensionierte vorläufig nur für eine kleinere Anzahl von Tieren erfüllt werden. Der Samstag des Monats vom 26. Juni d. J. gibt allen Tierfreunden Gelegenheit, eine Spende für das Tierheim zu geben, damit es mit der Zeit so ausgestattet werden kann, daß es allen Anforderungen genügt.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Weststadt

In einer Mitgliederversammlung sprach am Samstag, den 18. d. Mts. Gen. Hauptlehrer Saebler über ein äußerst interessantes Thema: „Der Brand in Ost und die Arbeiterfrage“.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Gen. Friedrich des verstorbenen Gen. K. Menges in ehrenwerten Worten, wobei die Versammlung sich von ihren Sätzen erhob. Alsdann begann Gen. Saebler seinen Vortrag. Zunächst wies der Redner auf die Gefahren im fernem Osten hin, welche auch uns eines Tages überfallen können. China mit seinen alten Ueberlieferungen ist heute ein Land, das seit 10 Jahren in revolutionärer Bewegung steht. In den Jahren 1926-28 hatte China eine bolschewistische Regierung, welche sehr gute Beziehungen mit Russland unterhielt; dies selben dauerten aber nicht lange und es kam zu einem Bruch zwischen den beiden Staaten. Die zur Zeit bestehende Regierung hat einen stark nationalen Einschlag. Gen. Saebler ging dann auf die japanischen Verhältnisse ein. Die japanische Regierungspartei ist mit der deutschen Volkspartei zu vergleichen, die jedoch schrittweise eingestellt ist. Die Mandchurie ist zwischen China und Japan etwa das was das Elb- und Ostpreußen zwischen Deutschland und Frankreich. Ebenso bildet die Mandchurie den Brückenschlag zwischen China und Russland. Für Japan und Russland bildete die Mandchurie ein wertvolles Gebiet und zwar durch seine reichen Bodenschätze. Japan will sich durch seine Ueberbevölkerung ausdehnen und benutzt zu diesem Zweck die Mandchurie. Redner verleiht dem Einmarsch der Japaner in der Mandchurie wie den Franzosen im Ruhrgebiet. Der Krieg ist die Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln. Der Weltkrieg hat in Bezug auf den Sozialismus im Osten vollständig versagt. Man hat eine Zwischenlösung gesucht, die aber nicht genügt. Die zweite Internationale, die in Zürich tagte, hat eine Resolution gefaßt, in dem sie die Arbeiterklassen zur Wachsamkeit aufrief. Die Diktator ist fast halb deutsche Politik. Wenn die Arbeiterfrage sich rechtzeitig auffären läßt, dann muß der Friede gesichert sein. Redner zielt nun auf den Kampf ab, den wir jetzt zu bestehen haben. Weil wir internationale Sozialisten sind, dürfen wir den Faschismus nicht hochkommen lassen, denn das wäre eine große Gefahr und würde uns in einen neuen Weltkrieg hineinführen.

Redner beifall lobte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Nach einer kurzen Pause begann eine lebhafte Aussprache, an der sich die Gen. Ganser, Kübler und Müller beteiligten.

Gen. Saebler kam noch auf die Regierung Japan zu sprechen und meinte, daß wir bei einer solchen Zusammenziehung allen Grund hätten, bei der kommenden Reichstagswahl alles daran zu setzen, um die letzte Chance zu unseren Gunsten auszunutzen.

Unter Punkt Fortschreitendes, verlas Genosse Friedrich einige Entschlüsse des Parteivorstandes, das er aber bald seine Erledigung gefunden hatte.

Nach anfeuernden Worten für die kommende Reichstagswahl, konnte Gen. Friedrich die schon verlaufene Versammlung schließen. R. D.

(1) Wasserport. Der Wasserportverein Karlsruhe beinnt nach nächster Woche ab wieder mit seinen unentgeltlichen Schwimmlehrern. Kursbeginn: Für Männer: Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr im Bierortbad. Für Frauen: Freitag, den 1. Juli, abends 8 Uhr im Friedrichsbad. Die Kurse sind offen für alle, auch für Mitglieder, deren Vereine beim Arbeiterportartell angeschlossen sind. Anmeldungen jeweils Mittwoch und Freitag in den Abendstunden. Arbeiterlehren heißt: Eure Kinder zum Erlernen des Schwimmens. Die Lehrgänge werden von geschulten Kräften geleitet. Wie anständig das Schwimmen für den inneren sowie äußeren Menschen ist, braucht nicht besonders erwähnt werden. Der Mensch, der regelmäßig schwimmt, wird abgehärtet gegen Erkältungskrankheiten usw.

Arbeiterportier, jedes Jahr erleben noch unzählige Menschen den Ertrinkungstod. Hier hat sich der Arbeiter-Wasser-Rettungsdienst zur Aufgabe gemacht, mit an erster Stelle mitzubekommen, diesem Tod vorzubeugen. Im Monat Mai konnten 22 Genossen und 6 Genossinnen die Prüfung als Rettungsschwimmer bei uns ablegen. Dieser Zweig des Schwimmports wird beim Wasserportverein besonders gepflegt. Anmeldungen hierzu an den genannten Stellen. Kursbeginn für Rettungsschwimmer wird noch bekanntgegeben. In der letzten Quartalsversammlung des Wasserportvereins wurde an Stelle von Gen. A. B. Zimmermann, der ausgeschied, als 1. Vorsitzender der Gen. Frans Stoll, Gen. Frans Klöppel als Schwimmwart neu gewählt. Fr. St.

(2) Steuerfreie Sparkonten. Es können derartige Konten außer bei den Sparkassen auch bei sämtlichen Bankfirmen und sonstigen Geldinstituten eingerichtet werden.

Samstag-Nachmittagskonzert im Stadtgarten: Nach längerer Pause konzertiert am kommenden Samstag nachmittags im Stadtgarten, von 16-18.30 Uhr die Feuerwehrkapelle. Das Konzertprogramm für diesen Nachmittag vertritt den Freunden außer Punkt einige unterhaltliche Erlösveranstaltungen im herrlichen Stadtgarten, so daß der Besuch besonders empfohlen werden kann. Besonders Interesse dürften die Märche aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges begegnen und die ungarischen Tänze Nr. 5 und Nr. 6 von Brahms.

Der Reichsarbeitersporttag 1932 wird in Daxlanden abgehalten

Samstag, 25. und Sonntag, 26. Juni 1932

Karlsruher Tierheim

Das Tierheim des hiesigen Tierfreundevereins am Flugplatz nächst der Fliegerkaserne ist im Rohbau fertiggestellt und wird wohl voraussichtlich Mitte Juli d. J. in Betrieb genommen werden können. Es soll in erster Linie dem Zweck dienen, aufzufundene Tiere, die entlassen oder verloren gegangen sind, aufzunehmen und einige Zeit aufzubewahren, um den Eigentümern die Möglichkeit zur Wiedererlangung ihrer Tiere gegen Entlohnung der entstandenen Kosten zu geben. Wenn die Tiere innerhalb einer bestimmten Frist nicht abgeholt sind, werden sie schmerzlos getötet. Bei offensichtlich herrenlosen, vermissten oder verarmten Fundtieren und solchen, wie mit ansteckenden Krankheiten befallen sind, erfolgt die schmerzlose Tötung alsbald nach der Einfütterung. Entlohnung und herrenlose Tiere sind erhaltungsgemäß nicht nur arztlichen Besorgungen ausgesetzt, sondern bilden auch selber wieder eine Gefahr für andere Tiere, manchmal auch für den Menschen. Insbesondere richten die hungrigen, herrenlosen Katzen Schaden unter den Eingangsgeiern an.

In weiterer Linie soll durch das Tierheim den Tierbesitzern die Möglichkeit geschaffen werden, bei Reisen, Auszügen, Todes- und Krankheitsfällen in der Familie usw. die Tiere gegen Bezahlung

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Die Parteigenossen fordern wir zu zahlreicher Beteiligung an den Veranstaltungen des Reichsarbeitersporttags in Karlsruhe-Daxlanden am Samstag und Sonntag auf.

Bezirk Hardwaldbiedungen

Samstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr im Esershaus, Hardwaldbiedungen. Die Funktionärerversammlung. Es ist Pflicht jeder Funktionärs der Partei, der Eisenfront, der Gewerkschaften, sowie der Sportabteilungen, zu erscheinen. Tagesordnung: Reichstagswahl.

Bezirk Weiskirch

Heute 20 Uhr findet im „Weiskirch“ eine Parteiversammlung statt mit der Tagesordnung: Parteivorsitzungsbericht und Reichstagswahl. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Die Polizei berichtet:

24. Juni 1932

Der von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vom Stavel geordnete Streik der Metalltransportarbeiter nahm auch gestern seinen Lauf. Wie am Vortage, so suchten auch gestern wieder Gruppen von Streikenden die Arbeitswilligen an den Ein- und Auslaststellen durch wüste Drohungen und Beschimpfungen von der Arbeit abzuhalten. Die Polizei mußte allerorts eingreifen, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. U. a. mußte gegen 5.30 Uhr nachmittags die mittlere Karlsriedstraße, wo gelegentlich der Ausladung eines Möbelwagens außer einigen Terrorgruppen zahlreiche Neugierige den Verkehr behinderten, gesäubert werden.

Zur Anzeige

Es gelangten im Verlaufe des gestrigen Tages einige Fahrzeugführer, Radfahrer und Fußgänger, weil sie die vom Verkehrsposten geordneten Verkehrsregeln völlig unbeachtet ließen.

Auf dem Kaiserplatz kam gestern mittags infolge des nassen Aufbaus ein Personenkraftwagen ins Schleudern und stieß gegen einen elektrischen Leitungsmast. Der Personenkraftwagen wurde abgeschleift.

Ein mit übermäßiger Geschwindigkeit durch die Ettlingerstraße fahrender Personenkraftwagen stieß Ecke Ettlinger- und Nebenstraße beim Überholen eines Bierfuhrwerks gegen ein aus der Nebenstraße in die Ettlingerstraße einbiegendes Lieferrad. Die auf dem Sozius sitzende Ehefrau des Lieferwagens erlitt eine Knochenverletzung. Das Lieferrad wurde erheblich beschädigt.

Veranstaltungen

Schülerspiele Karl Witt im Restaurant Wöninger. Auch in diesem Jahre ist es der Leitung des Restaurants Wöninger gelungen, die in Karlsruhe von früheren Gastspielern der berühmten Wöninger Schützen-Panzer Karl Witt für einige Tage zu veranlassen. Von jeder als gute Komödie bekannt, werden die originellen Darbietungen vom karlsruher Publikum freudig begrüßt werden, so daß der Besuch immer angenehme Abwechslung und Unterhaltung bereitet.

Freitag, den 24. Juni 1932:

Badisches Landes-Theater: Der tapfere Soldat. Große Szene. Der grüne Kaktus. 20 Uhr.
Badische Lustspiele: Das Land des Lächelns. 20.30 Uhr.
Westbun. Lustspiele: Der Froschhops. Volkprogramm.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Auch gestern fiel wieder zeitweilige Regen. Erst gegen Abend besserte es vorübergehend auf. Heute früh regnete es wieder fein. Im übrigen herrscht kühlendes und weiches Wetter. Bis morgen steht Besserung bevor.

Wetterausichten für Samstag, 25. Juni: Vorwiegend trocken, zeitweilig noch bewölkt, im allgemeinen aber schon tagsüber heiter. Temperaturen nur etwas ansteigend.

Wasserstand des Rheins

Böfel 161, seht. 13; Waldsbut 361, seht. 19; Schutterinsel 230, seht. 20; Rehl 351, seht. 9; Maxau 520, seht. 23; Mannheim 408, seht. 44 Zentimeter.

Jugend

M.S. Spielmannszug. Heute abend 20 Uhr Generalprobe im Waldheim. Spieltzug mitbringen.

Gemeindepolitik

Langensteinbach

Gemeinderatsitzung vom 20. Juni

Ein Gehalt um Ermäßigung des Wasserzins wird befürwortet, ebenso ein Gehalt um Ermäßigung der Feuerwehrtsteuer. — Zwei Gehalte um Wohnfahrzeugunterstützung werden abgelehnt, da kein Geld vorhanden ist. — Die Zahlung von Verpflegungsgeld für ein Koffin wird ebenfalls abgelehnt. — Die Arbeiterinnen für die Kulturarbeiten im Wald werden bestimmt, ebenso die männlichen Erwerbslosen für diese Woche. — In Anbetracht der großen Zahl von Arbeitslosen ist die Mehrheit des Gemeinderats der Ansicht, daß nur Arbeitssuche in Betracht kommen sollen, was auch beschlossen wurde. Selbstverpflichtung hätten wir es gern gesehen, daß auch bedürftige Ledige Arbeit bekommen hätten, aber leider ist tiefe Erde in der Gemeindefalle. Es geht aber nicht an, daß Leute beschäftigt werden, welche 2-3 Stück Vieh im Stall stehen haben; sie müssen hinter den wirtlich Bedürfnisse zurücktreten. — Ein Bericht über den Prüfungsbescheid der Sportfische vom Dezember wird entgegengenommen. — Dem Redner der Sparkasse wird die Gemeindegemeinschaft, drei Zwanzigstredungen durchzuführen, ebenso drei Vertreibungen. — An einem von der Sparkasse ermordeten Haus soll das Dach repariert werden; die dazu gehörige Scheune wird um 20 M. verpachtet.

Gaggenau

Gemeinderatsitzung vom 31. Mai

Verschiedene Stundungsgesuche werden behandelt und abgelehnt. Es können nur noch für ganz dringende Fälle Stundungen gewährt werden. — An Lorenz Herr wird, vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses, ein Grundstück von 4 R 14 Quadratmetern als Bauplatz, den Quadratmeter zu 1 RM, verkauft. — Dem Schloßer Franz beim Gaswerk wird eine Dreisimmerwohnung an der Viktorialstraße zu der selbstigen Miete überlassen. — Gegen die vom Schwimmverein für die Bedienung im Waldseebad eingestellten Personen wird nichts eingewendet. — Die Satzung der Handels- und Gewerkschule wird einer Änderung unterzogen. — Von dem Erlaß des Herrn Ministers des Kultus und Unterrichts über Personalien an der Volksschule und Bürgerchule wird Kenntnis genommen. — Verschiedene Grundstücke werden auf Veranlassung des Finanzamts Karlsruh versteigert. — Bei der Feuerwehrtsteuer-Teilungsfälle soll ein Antrag auf Unterbrechung für die Erstellung eines Wasserbehälters auf dem Hummelberg gestellt werden. — Verschiedene Postfahndarbeiten sollen durchgeführt und der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt werden.

Berliner Devisennotierungen (Mittelturs)

	23 Juni	22 Juni
Amsterdam	100 fl. 170.23	170.57
London	100 £ 21.45	21.51
Paris	100 Fr. 15.23	15.27
Brüssel	100 Fr. 4.26	4.217
Wien	100 Kr. 16.55	16.59
Bombay	100 Rs. 12.465	12.481
Calcutta	100 Rs. 81.83	82.09
Singapur	100 Rs. 74.67	74.74
Batavia	100 Gd. 78.12	78.28
Sourabaya	100 Gd. 51.95	52.05

Aus aller Welt

Französisches Militärflugzeug abgestürzt

CH. Strahburg, 23. Juni. Im Strahburger Fliegerregiment ist nach kurzer Zeit schon wieder ein Flugzeugunglück zu verzeichnen. Infolge Geschwindigkeitsverlustes stürzte das Flugzeug des Fliegeroberleutnants Brémont ab. Der Flieger wurde herausgeschleudert, überflog sich mehrere Male in der Luft und schlug mit dem Kopf auf dem Boden auf. Er starb während der Ueberführung ins Krankenhaus.

Der Tod des deutschen Paters Rapp in der Mandchurie

CH. London, 23. Juni. Times meldet aus Peking: Der deutsche Generalkonsul in Nanking ist nach Tschientao in der Provinz Kirin abgereist, um die näheren Umstände zu untersuchen, unter denen am 5. Juni der deutsche Pater Rapp ermordet wurde. Koreanische Zeugen haben erklärt, daß Pater Rapp von japanischen Soldaten ermordet worden sei. Er sei, als er sich zu einem an Topbus sterbenden Kollegen begab, von dem japanischen Wachposten angehalten worden und habe ihnen seinen Pass gezeigt, ohne vom Pferde herabzusteigen. Dies hätten die japanischen Soldaten für eine Verletzung ihrer Arme erklärt. Sie hätten ihn ins Wachtlokal gebracht, dort mißhandelt und später in der Dunkelheit davongeführt. Die Koreaner und zwei Priester hätten bald darauf Schüsse fallen. Die Leiche des deutschen Geistlichen sei später im Sande eines Flußbettes vergraben aufgefunden worden.

Ermäßigung der Mineralölsteuer

CH. Berlin, 23. Juni. Der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister haben durch Verordnung vom 14. Juni 1932 die Mineralölsteuer für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1932 auf 0,10 M für einen Doppelsentner festgesetzt.

Auf zum letzten Kampf

Der „rote“ Kaktusmohr auf dem Feld steht als Symbol im Korn, im Stab der Armen dieser Welt. Und mahnet sie zum Lohn.

Im Frühlicht strahlte der „rote“ Kamm vom Hahn, dem frühen Wächter. Steh auf du fures Arbeitssamm. Noch schlafen deine Schlichter.

Das „rote“ Tuch muß wieder wehn, Das Blut und Liebe bindet. Der „kapitale“ Stier muß fehn. Daß man gestürzt uns findet.

Emanuel Pilger.

Kleine bad. Chronik

Tödlicher Absturz

W. Bischoffingen a. R., 23. Juni. Beim Ausheben eines Sparschneides verunglückte der 18jährige Hugo Schmidlin hier. Er kam am Giebel des Transformatorhauses der Starstromleitung zu nahe und stürzte ab. Beim Sturz brach er noch das Genick, so daß er auf der Stelle tot war.

Ertrunken

W. Strach, 23. Juni. Im Gewerbetal beim Kraftwerk Gründebauken wurde die Leiche eines Mannes gefunden. Es handelt sich um den 49 Jahre alten ledigen Kaufmann Fritz Benner, der bei der Firma Vogelbach u. Co. angestellt war. Anscheinend ist er beim Gange in die Turbinenanlage der Firma ausgeglitten, in den Bach gefallen und hat durch den Schreck einen Herzschlag erlitten.

Aus dem Zuge gestürzt

W. Schwellingen, 23. Juni. Mittwoch mittag kurz vor 12 Uhr wurde 500 Meter von dem Haltepunkt Diersheim entfernt der 60 Jahre alte Vertreter einer Möbelfabrik, Wendle von Mannheim, schwer verletzt aufgefunden. Wendle scheint aus dem D-Zug 76 während der Fahrt herausgefallen zu sein; bald nach seiner Auffindung erlag er den Verletzungen. Ob ein Unglücksfall oder ein Herauspringen in selbstmörderischer Absicht vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

W. St. Georgen i. Schw., 23. Juni. (Subverlußt kein wichtiger Grund zum Ziehen der Notbremse.) Wider Erwarten teuer ist einem jungen Mann dieser Tage sein Hut zu stehen gekommen. Der junge Mann fuhr mit der Schwarzwaldbahn und konnte sich nicht bei der Landbahn halten. Dabei streifte er den Kopf zu weit zum Fenster hinaus, so daß ihm ein Luftzug seinen Hut entführte. Kurz entschlossen zog der junge Mann die Notbremse und holte sich den Hüchling wieder. Die Bahnpolizei zeigte indessen wenig Verständnis für diesen „wichtigen“ Grund zum Ziehen der Notbremse und stellte dem jungen Mann einen empfindlichen Strafzettel in Aussicht. Trotz des langen Gesichtes des jungen Mannes löste der Vorgang größte Heiterkeit unter den Mitreisenden aus.

W. Offenbura, 23. Juni. (Verungl. im Offenburger Sterilisationsproh.) Im Offenburger Sterilisationsproh haben sowohl die Kurzeisten, Med. Dr. Werk, Frau Dr. Bauer-Daugh und Dr. Weber, sämtlich Rebl, als auch die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Baugeldzuteilung bei der Badischen Landesparlase

Bei der am 20. Juni 1932 stattgefundenen 9. Baugeldzuteilung der Badischen Landesparlase gelangten 107 000 RM zur Verteilung. Berücksichtigt wurden 16 Bauparier. Die Bauparier verteilten sich auf folgende Sparkassenbezirke: Mannheim, Durlach, Mosbach, Eppingen, Gernsbach, Offenbura, Lahr, Hornberg, Freiburg, Waldsbut, Säckingen. — Die Badische Landesparlase hat bis jetzt 1 280 000 RM. zuteilt, die öffentlichen Bauparlassen insgesamt circa 32 1/2 Millionen.

Soziale Rundschau

Jahresversammlung der Landesgruppe Baden des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen

W. Baden-Baden, 22. Juni. Vor kurzem tagte hier die Landesgruppe Baden des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen. Eröffnet wurde das Treffen durch eine Begrüßungsansprache der Landesvorsitzenden Frau Krausmann. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Anschließend folgte ein Referat von Frau Dr. Marie Baum über das Thema „St. Fürsorge als Menschenliebe heute noch möglich?“ Die Rednerin arbeitete die großen Ziele und insbesondere den staatspolitischen Sinn sozialer Arbeit und Fürsorge heraus. Um den ganzen Menschen zu helfen, mit ihren Rimmernissen fertig zu werden, bedürfte es in der Wohlfahrtsfürsorge der inneren Einstellung, des persönlichen Eingehens auf die Not des Einzelnen. Diese Individualisierung müsse jeder Fürsorgerin immer als höchstes Ziel vor Augen stehen, wenn alle ihre heutzutage eine schwer erfüllbare Forderung sei, da allgemeine Fürsorgemaßnahmen zur Linderung der Massennot im Vordergrund ständen. Auch Fragen der Sichtung, der verkürzten Arbeitszeit und Freizeiten wurden in dem Vortrag festgelegt, daß trotz aller Mannigfaltigkeit und Vielheit der Arbeit die Menschenliebe im Mittelpunkt jeder fürsorgerischen Tätigkeit stehen müssen.

Aus dem Gerichtssaal

Verstuchte Nazi-Erpressung

W. Keine Ras. haben die Nazis, das muß man ihnen lassen. Vor dem Schöffengericht hatten sich zwei dieser Leute wegen verurteilter Erpressung an einem Richter aus Karlsruh zu verantworten, den sie des Ehebruchs bezichtigten und auf diese Art Geld herauszuschlagen suchten. Der eine Angeklagte ist der 21jährige Schreiner Emil Pfeiffer aus Karlsruh, dessen Bekanntschaft zum Amtsgerichtsrat aus einer Verhandlung vor dem Schnellrichter herrührt. Er war damals mit an der Schlägerei in der Bahnhofstraße beteiligt und wurde deshalb auch einen Tag in Haft genommen. In der Verhandlung selbst wurde er mangels Beweises freigesprochen. Daß er einen Tag im Rittchen saß, will er dem Richter nachgetragen haben, der dafür natürlich nichts kann.

In einer Versammlung am 11. April vor der Wahl war der Nazi mit seinem Freund auch anwesend. Nach Schluß erkannten die beiden den Richter, als er im Begriff war, mit drei bekannten Fräuleins nach Hause zu gehen. Zwei von den Fräuleins gingen dann ab, der Richter ging mit der einen Bekannten über einen kleinen Umweg über den Murgdamm nach Hause. Der Nazi überredete seinen Freund, daß er sich mit auf den Kreisweg begeben, damit man auch genau sehe, wenn zwischen den beiden etwas passiere. Hinter Bäumen und Steinbauten suchten sie Deckung. Als die beiden sich auf einer Bank niederließen, schlich Pfeiffer auf dem Boden an die beiden heran, um aufzuwaschen. In dem Augenblick, als diese sich auf den Bettmatten bewegen wollten, stürzte der Nazi vor und schrie: „Hut Herr...!“ Das kommt in alle Zeitungen.“ Der Angeklagte lief zunächst rasch weg, trennte sich dann von seiner Begleiterin und stellte den Nazi wieder. Es gab eine Diskussion, in deren Verlauf der Nazi erklärte, der Richter möge ihm schriftlich bescheinigen, was er gesehen habe, außerdem solle er sich den Angeklagten merken, damit er sich später, wenn er mal wieder vor dem Gericht stehe, auch revanchieren könne.“ Dann wartete er auf das Mädchen vor dessen Haus und erklärte ihr unmaßerweise, sie könne alles ruhig machen, der Richter habe bereits gestanden. Das Mädchen ließ sich aber auf nichts ein.

Am nächsten Tage gab es in Karlsruh schon allerlei Schwärereien. Nach ein paar Tagen traf der Angeklagte seinen Bekannten Guglielmo in einem Kaffee. Dem hat er die Sache erzählt. Dessen erste Frage war: „Was hast du denn kriegt?“ Um sich nicht ganz bumm zu stellen, schwindelte Pfeiffer: „50 Mark mit einem Scheck.“ Der andere behauptete bloß, daß er nicht dabei war. Man kam überein, zunächst einmal einen höflichen Trohbrief zu schreiben, in dem man den Richter aufforderte, er möge an einer bestimmten Stelle 6000 M abgeben, dann bleibe die Sache geheim. Unterschrieben war dieser höfliche Brief: „Mit Gruß Ihr verwichener Freund!“ Da von einem Erfolge nichts zu spüren war, kam am nächsten Tag ein neuer Brief in des Richters Wohnung, in dem ihm nun ernstlich mitgeteilt wurde, daß, wenn er nicht bis spätestens am Donnerstag das Geld bezahle, es mit seinem Glück und seiner Laufbahn zu Ende sei. Unterdessen machten sich die beiden „Edelmänner“ daran, das Geld einzutwickeln zu verteilen. Sollte keine die Hälfte bekommen. Ein Auto war des kleinen Sitters frommer Wunsch. Die Geschichte hatte aber einen ganz anderen Verlauf, als sich die beiden gebadigt haben: Statt des zu erwartenden Autos kam bloß die „Grüne Mina“ und lud die beiden zu einer kleinen Fahrt ins Untersuchungsgefängnis ein. Und nun wurde in der Gerichtsverhandlung vor dem Karlsruher Schöffengericht der Schlüsselpunkt unter dieser Sache geleht. Wegen verurteilter Erpressung wurden die beiden zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die in 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile.

Dereinsanzeiger

Bei 5 a. mehr Zeilen 40 Pfg. die Zeile

Veranstaltungen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden von Redaktionsrat abgelehnt.

Karlsruhe

Freie Turnerschaft Karlsruhe, Abteilung Mühlburg. Heute abend halb 9 Uhr im Lokal „Drei Linden“ halbjährliche Generalversammlung mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung. Restliches Geschehen erwünscht. Die Abteilungsleitung.

F.R. Süd. Handball. Heute abend 9 Uhr außerordentliche Spielerversammlung im Volkshaus. 3366

Naturfreunde, Unterbezirk Karlsruhe. Samstag, den 25. Juni, Bezirksversammlung in Rietlingen. Wir bitten um rege Beteiligung. 3362 Die Bezirksleitung.

Durlach, Arbeiterport- und Kulturartell. Die Sportlerinnen und Sportler treffen sich am Sonntag, 26. Juni, nachmittags halb 1 Uhr, auf dem Gutenbergsplatz Karlsruhe (Reichsarbeiterporttag Durlach). 605

Nur einmal im Jahre 95 Pfennig-Lage bei Knopf.

Zausende warten darauf! Tausende, die nur kleine Beträge verfügbar haben, um ihren Bedarf zu decken. Man weiß, daß Knopf diesmal ungewöhnliches leisten wird, da die gewohnte Preislage — 95 Pf. — wieder heute — und vor einem Jahr: wech ein Unterschied! Es gehörten gewaltige Anstrengungen dazu, um den Anforderungen des Publikums gerecht zu werden. Die Erwartungen sind sehr hoch gespannt; sie werden aber weit übertraffen werden bei Prüfung der einzelnen Angebote! Kann sich doch zum Beispiel eine Dame vollkommen ausstatten und dabei für jedes Stück nicht mehr als 95 Pf. anlegen, einzeln, oder es sich um eine Wäsche, einen Hut, Strümpfe oder eine reizende Charmeuse-Schulhose handelt. Der Herr ist auch nicht schlechter dran; ein Hut für 95 Pf. ist eine außerordentliche Leistung. Für Kinder kann sogar ein reizender, reißwollener Pullover für 95 Pf. erhalten werden. Wenn man die Werte hoch, scheint es ungläublich, daß es mit den Reichsrichtern in den Kreislern, auf Tischen und Thronen keine Ähnlichkeit hat. Und doch hat Knopf das Unmögliche möglich gemacht. Wenn nicht glaubt, vertiefe sich heute in die Anzeiger oder gehe am besten gleich hin zu Knopf! 3361



Sonnengebräunte Haut
NIVEA - CREME
oder aber
NIVEA - ÖL

Letzte Nachrichten

Die Aufnahme des Hoover-Vorschlags

Paris, 23. Juni. Der Abrüstungsvorschlag Hoovers findet in der französischen Presse eine kühle Aufnahme, allerdings mit Nuancen. Das Hauptargument gegen den Vorschlag — das wohl in Washington zum mindesten ebenfalls eine sehr kühle Aufnahme finden wird — ist, daß es sich um ein Wahlmanifest Hoovers handele. Nur wenige Blätter, vor allen Dingen der sozialistische „Populaire“ und die radikale „Volonté“ finden, daß Frankreich diese Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfe.

London, 23. Juni. Die Londoner Presse ist einhellig der Meinung, daß die kühnen und weitgehenden Vorschläge Hoovers der Abrüstungskonferenz zwar neuen Antrieb gegeben haben, daß aber die Aussicht auf Annahme bei dem zu erwartenden Widerstand Frankreichs nicht sehr groß ist.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag in Dresden

Dresden, 23. Juni. Der landwirtschaftliche Genossenschaftstag wurde heute vormittag eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache hieß Präsident Geheimrat Hoheneck-München die Gäste willkommen, an der Spitze den Reichsernährungsminister, Freiherr von Bradn, den sächsischen Ministerpräsidenten Schick und Reichsbankpräsidenten Dr. Luther. Minister v. Braun hielt zur Eröffnung eine längere Ansprache.

Leon Blum für Hoover-Vorschlag

Paris, 24. Juni. Im heutigen „Populaire“ richtet Leon Blum, der Führer der französischen Sozialisten, eine ernste und eindringliche Mahnung an Serriot und seinen ehemaligen Parteigenossen Paul Boncour, den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten ja nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Gemeindepolitik

Zur Ablehnung des Mannheimer Vorschlags

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hat laut Volksstimme in einer Erklärung an den Oberbürgermeister u. a. angeführt, sie müsse es ablehnen, die Verantwortung für einen Etat zu übernehmen, dessen wesentlichen Teile den Gemeinden durch die Gesetzgebung des Reiches aufgetrieben würden. Sie sei daher nicht in der Lage, dem Etat 1932/33 ihre Zustimmung zu geben.

Geschäftsführer: Georg Schellin. Verantwortlich: Kolist, Freimann, Baden, Volksstimme, Gewerkschaftliches, Sozialer, Reutem, Ausst. Zeit. Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten, Z. Grubbaum, Wörsch, Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gewerkschaften, Karlsruhe, Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Detmas und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef G. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe.

1. Die beliebte Polobluse 1.65
mit kurzem Arm, in hübschen Pastellfarben, alle Größen
2. Marocain-Bluse 4.75
mit Flüssekragen und Puffärmeln, in Pastellfarben
3. Sinilic-Kleider 9.75
in weiß und zarten Pastellfarben, mit bedruckt, Marocain-Schal
4. Lederol-Mantel für Damen 12.75
schwarz, blau, rot, bis Gr. 50
5. Opanken die große Sommermode 4.75
5.90 5.45
6. Spangen- u. Pumpschuhe 5.90
in Lack, schwarz Velour u. leinfarb. R'Chevr., gute Paßformen
7. Charmeuse-Unterkleid 2.45
mit aparten Motiven, II. Wahl Größe 42-48
8. Plissé-, Bäckchen- und Plastronkragen 95
reizend garniert, in vielen Ausführungen
9. Damenschirm Kunstseide, 16 teilig, blau und braun, mit farbiger Bordüre 3.75
10. Damen-Hemd hose 1.65
Herren-Hemd hose 1.90
früheres Mako-Qual., 5 Knopf-Form Sportform, reichl. garn., kg. Mako, jed. Gr.

20 HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Leistungen

Atelier- u. Modellhüte
für Damen
weit unter Preis.

11. Herren-Regenmäntel 12.75
lederleicht Oelseide 16.50 Gummiblatz
12. Knickerbocker 5.90
in neuester Ausmusterung, weit geschnittene Form
13. Herren-Halbschuhe 7.90
schwarz u. braun, Boxcut u. Lackleder, Orig. Goodyear-Welt
14. Herren-Sportstrümpfe 75
kräftige Baumwolle, mit Umschlag
15. Selbstbinder „Phoenix“, die große Mode des Sommers, hochelegant 1.45
volle Form, gut im Tragen
16. Sporthemd für Herren, mit festem Kragen, Popelin, blau und beige 2.95
17. Sporthemd mit festem Kragen, aus hochwertigem Seldenglanz-Popeline, klein genäht, in blau, beige und grün 3.95
18. Handkoffer aus solider glatter Hartplatte, 2 Sprungschlöser, 8 Schutzecken und Packgurte 3.50 3.90 4.50 4.90 5.50
55 60 65 70 75 cm
19. Burschen-Rucksack aus solidem Segeltelnen, mit Vortasche und Rindlederriemen, 40x45 cm 1.95
20. Indanthr.-Noppendecke 1.95
kariert, für Garten und Balkon, 130/160 cm 2.45 130/130 cm

Abendfisch

Für den

Sehr preiswert! in guter Qualität!

Bayr. Rauchfleisch gut durchgewaschen 48 Pfund 95 1/2 Pfund

Salami Pfund 1.10 56 Pfund

Frankt. Würstchen 35 Pfund

... als Touren-Proviant

Belikaleb Würstchen 50 Dose mit 3 Paar

Sonder-Angebot:

8 St. Holl. Frühheringe 40

3 Pfd. Neue Kartoffeln

Neue Matjesheringe 10 große letzte F. sche Stück

Neue Kartoffeln 28

Schlangengurke 18-25 Stück

Butter billiger!

Aus allerersten deutschen Molkereien mit höchsten Auszeichnungen

Fst. Tafelbutter 70 1/2 Pfund

Allerfeinste Teebutter 75 1/2 Pfund

Ferner 1 Posten Molkereibutter billig 55 1/2 Pfund

Solange Vorrat!

Todes-Anzeige.

Unsere liebe Mutter, Großmutter und ego egermutter

Frau **Margaretha Dorner**

wurde uns schnell durch den Tod entziehen.

Karlsruhe, den 24. Juni 1932.

Um stille Teilnahme bitten Familien Dorner und Bollinger.

Beerdigung: Wühlburg, Samstag, 26. Juni 1932, nachmittags 6 Uhr. Trauerhaus: Hardtstraße 16.

Immer gibt es Gelegenheit

für den Volksfreund zu werden. Jeder, der zu uns steht, halte diese Propagandaarbeit für seine erste Ehrenpflicht

Schlafzimmer

echt eiche. Wir bieten Ihnen heute ein ganz neues Schlafzimmer an, und zwar besteht dieses aus einem Stuhl, Kleiderständer, in der modernen mit Zinnung, 4 volle Türen, mit Innenriegel. Die Einzelteil. ist: 1/2 f. Wäsche, 1/2 für Kleider; dazu 1. Schlafkommode mit acht versch. Kammern, 4 Nachttische mit Glas oder Wärmor, 2 Bettstellen, 2 Stühle, sowie ein Handtuchhalter. Der Preis dieses gegenliegenden Zimmers ist

345 Mark

für Brantente eine günstige Gelegenheit, ihr Geld anzulegen.

Möbel-Palais

Wittner G.m.b.H. Karlsruhe Rondellplatz

KRATZ

Waldstr. 41

500 RM. gegen erste Sicherheit (Haus und Grundstück) gelandt. Zu ertrag unt. D1187 im Volksfreund.

Eine lange Frau sucht Wäsche- u. Bekleidungsarbeiten. Frau B. H., Kellingstr. 3/5, I. Stod.

Jüngere Frau sucht Stelle als Wäsche- od. Putzfrau oder sonstige passende Arbeit. Abz. zu ertrag. unt. O1174 im Volksfreund.

Badisches Landestheater

Freitag, 24. Juni 1932

8 30

Zh.-Gem. 1401-1500

Der tapfere Cassian

Puppenspiel von Arthur Schnitzler

Regie: Baumbach

Mitwirkende: Bertram Ernst, Hierl, H. Müller

Sierauf:

Große Szene

Komödie von Arthur Schnitzler

Regie: Baumbach

Mitwirkende: Erwig, Sant, Ernst, Kloebe, Schneider, v. d. Trend, Grimm, Wato

Sierauf:

Der grüne Kafadu

Geistliche Komödie von Arthur Schnitzler

Regie: Baumbach

Mitwirkende: Bertram Ernst, Mademacher, Seling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Hierl, Höder, Kienischer, Kuhn, Luffner, Meiner, H. Müller, Brüder, Schulze, v. d. Trend, Kuhn, H. Müller

Anfang 20 Uhr Ende 23 Uhr

Brefle A (0.60-3.50, 4.00)

St. Jakobs-Balsam

„Echter“ zu Mk. 3.—

von Apoth. C. Trautmann, Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Woll, Frostbeulen, Sonnenbrand. Nachahmungen sind rückweisend. In den Apotheken zu haben.

Die Kampfzeichen der Eisernen Front

sind eingetroffen und in der **Volksfreund-Buchhandlung** zu haben.

Kind wird in liebevoller Pflege genommen. Angebote unter Nr. 3361 an den Volksfreund.

Photograph 4 1/2 x 6 mit viel Zubehör, zu verkaufen. 61167 Gläßer, Katterstr. 63 IV.

Stabiles Herrenrad erhalten, mit Torpedo-Steuerung f. 20.4 zu vert. 27.6, 1/2 r

Stuttgart, Billig! Kinderwagen 7.50, Planeluhorn 9.50, bei Sommer, Sternengasse 12, beim Kino

St. Jakob-Balsam

„Echter“ zu Mk. 3.—

von Apoth. C. Trautmann, Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Woll, Frostbeulen, Sonnenbrand. Nachahmungen sind rückweisend. In den Apotheken zu haben.

Die Kampfzeichen der Eisernen Front

sind eingetroffen und in der **Volksfreund-Buchhandlung** zu haben.

Kind wird in liebevoller Pflege genommen. Angebote unter Nr. 3361 an den Volksfreund.

Photograph 4 1/2 x 6 mit viel Zubehör, zu verkaufen. 61167 Gläßer, Katterstr. 63 IV.

Stabiles Herrenrad erhalten, mit Torpedo-Steuerung f. 20.4 zu vert. 27.6, 1/2 r

Stuttgart, Billig! Kinderwagen 7.50, Planeluhorn 9.50, bei Sommer, Sternengasse 12, beim Kino

In jede Familie nur den Volksfreund

Wie? Aber selbstverständlich

Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen

Gaggenauer Anzeigen.

Förderung des Wohlstandes.

Es wurden weitere Schäden, die durch den Vorkentferner verursacht wurden, mitgeteilt. Daraus geht hervor, daß der Vorkentferner schon in einem größeren Umfang vorhanden ist. Da durch diesen Schaden der ganze Baumbestand gefährdet wird, eruche ich hiermit alle Baumbesitzer nochmals dringend, ihre Bäume auf das Vorhandensein des Vorkentferners nachzusehen. Beim Vorhandensein dieses Käfers werden am Stamm oder an den Ästen Bohrlöcher von etwa 1 1/2 mm Durchmesser zu finden sein.

Die Bekämpfung kann nur dadurch erfolgen, daß angefallene Bäume entfernt und die benachbarten Bäume mit Karbolölneim bestrichen werden.

Um diese Maßnahme vornehmen zu können, ist die Anmeldung der defallenen Bäume notwendig.

Das Balnebad ist mit Sulfid- und Sonnenbad in vollem Betrieb.

Es ist insbesondere Gelegenheit zu Spielen der verschiedensten Art, wie Ringenspiele, angeboten.

Das Bad ist geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 10 Uhr.

An den Sonntagen finden jeweils wasserwirtschaftliche Ausflüge statt.

Den Betrieb der Kneipp'schen Wasserkuranstalt betreibt vom kommenden Montag, den 27. ds. Mts. Montag geöffnet.

Gaggenau, den 23. Juni 1932. Der Bürgermeister.

Gewerbe-Gesang-Verein e.V. Gaggenau

Sonntag, den 26. Juni 1932:

Kinder- und Sommertagfest

Aus dem Programm:

6 Uhr: **Wochen** durch die Stadtkapelle Gaggenau

1.30 Uhr: **Großer Kinderfestzug**

Aufstellung: Spitze Villa Bergmann

Nach Anknüpf auf dem Festplatz **Kinder- und Volksfestzug** verschiedener Art, Karussell, Autobahn, Kinderreigen, Tänze, Gesang und sonstige Unterhaltung

Abends: Mit eintrittender Dunkelheit **Italienische Nacht**

Beleuchtung des Murrvorlandes und des Amalienbergs

Montag, den 27. Juni 1932:

Ab 4 Uhr: **Fest-Ausklang** für Jung und Alt auf dem Festplatz

Die verehrliche Einwohnerschaft von Gaggenau und Umgebung laden wir hierzu herzlich ein und bitten um zahlreiche Beteiligung.

Der Verbandsrat

Kind wird in liebevoller Pflege genommen. Angebote unter Nr. 3361 an den Volksfreund.

Photograph 4 1/2 x 6 mit viel Zubehör, zu verkaufen. 61167 Gläßer, Katterstr. 63 IV.

Stabiles Herrenrad erhalten, mit Torpedo-Steuerung f. 20.4 zu vert. 27.6, 1/2 r

Stuttgart, Billig! Kinderwagen 7.50, Planeluhorn 9.50, bei Sommer, Sternengasse 12, beim Kino